

Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich

Birgit Bujard

Nach einem turbulenten Herbst mit Konflikten zwischen Regierung und Parlament sowie Neuwahlen verließ das Vereinigte Königreich am 31. Januar 2020, mehr als dreieinhalb Jahre nach dem EU-Referendum, die Europäische Union. Die folgenden Verhandlungen über die künftigen Beziehungen, verkompliziert durch die Covid-19-Pandemie, kamen nur schleppend voran. Bis zum 1. Juli 2020, der Frist bis zu der die im Austrittsvertrag vereinbarte Übergangsphase verlängert werden konnte, war nur klar, dass sie nicht verlängert würde. Eine signifikante Annäherung der Verhandlungspositionen gab es nicht.

Neuer Premierminister

Mit Theresa Mays Rücktrittsankündigung begann der zweistufige Prozess zur Wahl eines Nachfolgers in der Conservative Party (Tories). Boris Johnson gewann zunächst mehr als die Hälfte der Stimmen der Fraktionsmitglieder. Umfragen zufolge unterstützten etwa zwei Drittel der 160.000 Parteimitglieder ihn gegenüber dem zweitplatzierten Kandidaten, Außenminister Jeremy Hunt. Vor allem seine Ankündigung, die EU am 31. Oktober 2019 mit oder ohne Vertrag zu verlassen, war beliebt.¹ Am 23. Juli 2019 wurde Johnson, für den 66 Prozent der Parteimitglieder votiert hatten, neuer Parteivorsitzender und damit Premierminister.² Seine Wahl zeigte die tiefe Spaltung der Tories. So traten unmittelbar vor seinem Amtsantritt die Minister David Gauke, Rory Stewart, Anne Milton und Philipp Hammond zurück, da sie einen No-Deal-Brexit ablehnten.³ Weitere Minister folgten und Johnson nahm eine umfangreiche Kabinettsumbildung vor. Sein Fokus lag auf Brexitbefürwortern wie Dominic Raab (Außenminister), Priti Patel (Innenministerin) und Michael Gove (Chancellor of the Duchy of Lancaster). Dominic Cummings, eine zentrale Figur der EU-Austrittskampagne des Jahres 2016, ernannte er zu seinem Chefberater.⁴

Änderung des EU-Austrittsvertrags

Schon im Wahlkampf um den Parteivorsitz hatte Johnson eine Neuverhandlung des bestehenden Austrittsvertrags und eine Streichung des „Backstop“, der nordirischen Sonderregelung zur Verhinderung einer harten Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland, gefordert.⁵ Bei Amtsantritt im Juli 2019 erklärte Johnson im Parlament erneut, ohne die Streichung des „Backstop“ werde sein Land dem Austrittsvertrag nicht zustimmen und am 31. Oktober 2019 die EU ohne Vertrag verlassen. Zugleich werde die Regierung die Vorbereitungen für einen No-Deal-Brexit massiv vorantreiben.⁶ Downing Street No. 10 kündigte an, der Premier werde die Staats- und Regierungschefs der restli-

1 Marco Ventura: The man who would be king, in: Financial Times, 6.7.2019.

2 BBC News: Boris Johnson wins race to be Tory leader and PM, 23.7.2019.

3 Jim Pickard/Robert Wright: Three ministers resign over no-deal fears, in: Financial Times, 24.7.2019.

4 Heather Stewart/Rowena Mason: Boris Johnson: new PM takes his revenge and sacks over half the cabinet, in: The Guardian, 24.7.2019.

5 James Blitz/Jim Brunnsden/Alex Barker: Johnson under pressure to keep his word and deliver Brexit in 100 days, in: Financial Times, 24.7.2019.

6 Boris Johnson: PM statement on priorities for the government, 25.7.2019.

chen 27 EU-Mitgliedstaaten (EU-27) so lange nicht treffen, wie sie nicht bereit seien, den „Backstop“ aus dem Vertrag zu löschen.⁷ Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker bekräftigte im ersten Gespräch mit dem Premier die Sicht der EU, dass der bestehende Vertrag das beste und einzig mögliche Abkommen sei. Die EU sei aber bereit, Änderungen an der rechtlich nicht bindenden Politischen Erklärung vorzunehmen sowie neue britische Vorschläge zu analysieren – vorausgesetzt, sie seien kompatibel mit dem existierenden Vertrag.⁸ Im August 2019 änderte London seine Strategie. Johnson reiste zum Antrittsbesuch nach Berlin und dann nach Paris. In Berlin erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel, es sei am Vereinigten Königreich, eine Lösung für die Irland-Frage vorzulegen.⁹ Indes bestätigte der neue britische Chefverhandler David Frost, dass das Vereinigte Königreich nur auf die irische Grenzfrage begrenzte Vertragsänderungen anstrebe, nicht umfassendere. Die EU-27 blieben skeptisch, dass es eine brauchbare britische Alternative zum „Backstop“ geben werde.¹⁰ Im September 2019 sprach Johnson von Verhandlungsfortschritten. Doch von Seiten der EU war zu hören, das Vereinigte Königreich habe trotz Ankündigung keine neuen Vorschläge vorgelegt.¹¹

Nach dem Tory-Parteitag Ende September 2019 sandte die Regierung ihren lang angekündigten Plan zur Ersetzung des „Backstop“ an die EU. Demnach würde Nordirland als Teil des britischen Zollgebiets die europäische Zollunion verlassen. Die Folge wäre eine Zollgrenze auf der irischen Insel. Deren Auswirkungen sollten durch technologische Hilfsmittel minimiert werden und die Kontrollen sollten nicht an der Grenze vorgenommen werden. Zur Minimierung regulatorischer Kontrollen sollte Nordirland im Güterbereich weiter EU-Binnenmarktregeln folgen. Damit würde es aber eine regulatorische Grenze zwischen Nordirland und dem Rest des Vereinigten Königreichs geben. Alle vier Jahre sollte zudem das nordirische Parlament darüber entscheiden können, ob es den EU-Regeln weiter folgen wolle. Die EU wies den Plan nicht sofort zurück, verwies aber auf zahlreiche Probleme.¹² Nach weiteren Verhandlungen kam es beim EU-Gipfel am 17. Oktober 2019 zur Einigung. Große Teile des Austrittsvertrags blieben unverändert. Änderungen gab es beim Irland-Protokoll und der Politischen Erklärung. Nordirland würde nach der Übergangsphase zwar de jure Teil des britischen Zollgebiets bleiben, de facto aber Teil des EU-Zollgebietes. Der britische Landesteil würde EU-Zölle und -Binnenmarktregeln anwenden. Somit würde es eine einzige Zoll- und regulatorische Grenze in der Irischen See geben. Dieses Arrangement ähnelte der von der EU 2018 vorgeschlagenen und auf Nordirland begrenzten Regelung. Theresa May hatte diese damals als inakzeptabel abgelehnt. Im Gegenzug hatte die EU zugestimmt, dass das nordirische Parlament alle vier Jahre über einen Verbleib in diesem Arrangement würde entscheiden dürfen. Dennoch unterstützte die nordirische Democratic Unionist Party (DUP), auf deren parlamentarische Unterstützung die Tory-Minderheitsregierung angewiesen war, das Abkom-

7 Rowena Mason/Libby Brooks/Jennifer Rankin: Johnson refuses to meet EU leaders unless they scrap the backstop, in: *The Guardian*, 29.7.2019.

8 Daniel Boffey: EU will not renegotiate Brexit deal, Juncker tells Johnson, in: *The Guardian*, 25.7.2019.

9 Joshua Posaner: Merkel to Johnson: Let's find a Brexit plan in 30 days, in: *Politico*, 21.8.2019.

10 George Parker/James Blitz/Jim Brunsden/Sam Fleming: Johnson on collision course with hardliners over backstop, in: *Financial Times*, 28.8.2019.

11 Daniel Boffey/Jennifer Rankin/Peter Walker: Brussels baffled by Boris Johnson's Brexit progress claims, in: *The Guardian*, 3.9.2019.

12 Emilio Casalicchio/Cristina Gallardo/Charlie Cooper: Boris Johnson publishes new Brexit plan, in: *Politico*, 3.10.2019.

men nicht. Sie sah darin eine Gefahr für die ökonomische und konstitutionelle Integrität des Vereinigten Königreichs.¹³

Parlament versus Regierung

Johnsons Situation im Parlament war schwierig und seine Mehrheit reduzierte sich im August 2019 auf ein Mandat, nachdem die Tories die Nachwahl im Wahlkreis Brecon und Radnorshire verloren hatten.¹⁴

Die Labour Party versuchte indes die Führung unter den Abgeordneten (Members of Parliament, MPs) zu übernehmen, die einen No-Deal-Brexit stoppen wollten. Ihr Vorsitzender Jeremy Corbyn schlug Mitte August 2019 proeuropäischen Tories und den anderen Oppositionsparteien einen Plan zur Verhinderung eines Brexits ohne Vertrag vor, der eine Übergangsregierung unter seiner Führung vorsah. Dies stieß auf Widerstand. Die Scottish National Party (SNP) und die Grünen zeigten sich zwar prinzipiell offen für eine Diskussion des Vorschlags. Doch die neue Vorsitzende der Liberal Democrats Jo Swinson glaubte, Corbyn werde weder genug Unterstützung durch proeuropäische Tories noch durch seine eigene Fraktion erhalten. Einige der proeuropäischen Tories bestätigten, dass sie keine Corbyn-Regierung zur Verhinderung eines No-Deal-Brexits unterstützen würden.¹⁵ Infolge einigte man sich nur darauf, den Fokus auf gemeinsame legislative Aktivitäten zu legen, um einen Austritt ohne Vertrag am 31. Oktober 2019 zu verhindern.¹⁶

Schon während der Kandidatur für den Parteivorsitz hatte Johnson sich geweigert auszuschließen, das Parlament über den 31. Oktober 2019 hinaus zu beurlauben, um so Aktivitäten zur Verhinderung eines No-Deal-Brexits zu stoppen. Ende August 2019 beschloss die Regierung eine Parlamentspause von der zweiten Septemberwoche bis zum 14. Oktober 2019. Johnson begründete dies damit, die Regierung wolle noch vor dem EU-Austritt ihr innenpolitisches Programm starten. Zwar war eine Parlamentspause vor einer „Queen’s Speech“ zur Ankündigung des neuen Regierungsprogramms üblich, doch diese war ungewöhnlich lang. Zudem war offensichtlich, dass eine Rückkehr Mitte Oktober dem Parlament nur noch wenig Zeit lassen würde, einen EU-Austritt am 31. Oktober 2019 zu stoppen.¹⁷

Die Folge war, dass die gespaltene Opposition zusammenfand: Am 3. September 2019 brachte die überparteiliche „Rebel Alliance“ einen Gesetzesentwurf ins Parlament ein, demzufolge die Regierung eine weitere Verlängerung der Artikel 50-Frist erbitten müsste, falls das Parlament bis zum 19. Oktober keinem Abkommen zugestimmt habe. Auch ehemalige Minister der May-Regierung unterstützten das Vorhaben.¹⁸ Indes verlor Johnson seine Mehrheit, als sich der konservative MP Phillip Lee den Liberal Democrats anschloss. Zuvor hatte der Premier gedroht, Abgeordnete, die sich der „Rebel Alliance“ anschließen, aus seiner Fraktion auszuschließen und sie bei der nächsten Wahl nicht

13 David M. Herszenhorn/Emilio Casalicchio/Eleni Courea: EU and UK agree draft Brexit deal but obstacles remain, in: *Politico*, 17.10.2019.

14 BBC News: Brecon and Radnorshire by-election: Lib Dems beat Conservatives, 2.8.2019.

15 Rowena Mason: Corbyn urges opposition leaders and Tory rebels to help oust PM, in: *The Guardian*, 14.8.2019.

16 Jessica Elgot/Heather Stewart: Jeremy Corbyn agrees to prioritise legislation to stop a no-deal Brexit, in: *The Guardian*, 27.8.2019.

17 Jochen Buchsteiner: Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.8.2019.

18 George Parker/James Blitz: Johnson threatens snap election if Tory rebels refuse to back him, in: *Financial Times*, 3.9.2019.

wieder aufzustellen.¹⁹ Während das Anti-No-Deal-Gesetz erfolgreich das Parlament passierte, schloss Johnson 21 MPs aus der Tory-Fraktion aus, die für das Gesetz votiert hatten. Dazu zählten die ehemaligen Schatzkanzler Ken Clarke und Philip Hammond sowie weitere Ex-Minister der May- und Cameron-Regierungen.²⁰ Der innerparteiliche Richtungsstreit verschärfte sich. Johnsons Bruder Jo trat als Minister zurück und erklärte, das Handeln des Premiers sei nicht im nationalen Interesse.²¹ Arbeits- und Rentenministerin Amber Rudd folgte. Sie kritisierte den Ausschluss der Kollegen und warf der Regierung mangelndes Bemühen um eine Einigung mit der EU vor.²² Indes weigerte sich die Opposition Johnsons Wunsch nach Neuwahlen nachzukommen. Gemäß des Fixed-term Parliaments Acts benötigt der Premier dafür die Unterstützung von zwei Drittel der Abgeordneten. Johnson rief das Parlament zweimal Anfang September 2019 dazu auf, Wahlen zuzustimmen, doch die Opposition verständigte sich darauf, dies solange nicht zu tun, bis Johnson eine Verlängerung der Artikel 50-Frist vereinbart hätte.²³

Die Entscheidung für die Parlamentspause hatte juristische Folgen und erreichte im September 2019 den Supreme Court. Dessen elf Richter entschieden am 24. September 2019 einstimmig, dass die Regierung ungesetzlich gehandelt habe, da sie das Parlament an der Erfüllung seiner Aufgaben gehindert habe, und hoben den Zwangsurlass auf.²⁴

Am 19. Oktober 2019 scheiterte Johnson im Unterhaus bei der ersten Abstimmung über den geänderten Austrittsvertrag. Die Regierung verlor auch das Votum über einen Gesetzesnachtrag, demzufolge das Parlament dem Abkommen erst zustimmen würde, nachdem es die notwendigen Begleitgesetze verabschiedet habe. Die Regierung erbat daraufhin widerwillig eine Verlängerung der Artikel 50-Frist bis 31. Januar 2020 bei der EU.²⁵ Am 22. Oktober 2019 stimmten schließlich 329 gegenüber 299 MPs in der zweiten Lesung für das Gesetz zur Umsetzung des Abkommens. Doch danach votierte das Parlament mit 322 zu 308 Stimmen gegen den Plan der Regierung, das Gesetz im Schnellverfahren zu verabschieden. Vielen Abgeordneten erschien drei Tage zu kurz, um ihre Kontrollfunktion ausüben zu können. Johnson setzte daraufhin die Ratifikation aus.²⁶

Am 28. Oktober 2019 gewährte die EU eine Verlängerung der Artikel 50-Frist bis maximal 31. Januar 2020.²⁷ Indes erreichte Johnson Neuwahlen, nachdem auf Druck der anderen Oppositionsparteien auch Labour den Widerstand gegen eine Wahl am 12. Dezember 2019 aufgab.²⁸

Parlamentswahl

Der Brexit dominierte die Wahl – nicht zuletzt, da die Bevölkerung dessen müde war. Die Liberal Democrats positionierten sich als Pro-EU-Partei und versprachen die Rücknahme des Austrittsgesuchs ohne ein Referendum. Im September 2019 lagen sie in Umfragen bei

19 Kate Lyons: Whips and votes and early polls: what is going on in UK politics?, in: The Guardian, 4.9.2019.

20 BBC News: Brexit showdown: Who were Tory rebels who defied Boris Johnson?, 5.9.2019.

21 Francis Elliott/Kieran Andrews: No election until Brexit is delayed, in: The Times, 6.9.2019.

22 Tim Shipman: Rudd resigns as Boris 'to break law for Brexit', in: The Sunday Times, 8.9.2019.

23 James Blitz/Jim Brunsden: Johnson squeezed on options for October poll, in: Financial Times, 7.9.2019.

24 BBC News: Supreme Court: Suspending Parliament was unlawful, judges rule, 24.9.2019.

25 Tobias Kaiser/Marcel Leubecher: Johnson läuft die Zeit davon, in: Die Welt, 21.10.2019.

26 Jochen Buchsteiner: Selbst der Brexit-Minister hat den Überblick verloren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.10.2019.

27 Jim Brunsden/Mehreen Khan: EU grants ‚flexextension‘ but rules out reopening talks, in: Financial Times, 29.10.2019.

28 Emilio Casalicchio: UK sets course for December general election, in: Politico, 29.10.2019.

etwa 20 Prozent und hatten neue Abgeordnete gewonnen, die sowohl von den Tories als auch von Labour abgewandert waren.²⁹

Nigel Farage's Brexit Party, die bei der Europawahl im Mai 2019 mehr als 30 Prozent der Stimmen erzielt hatte, drohte zunächst damit, in allen Wahlkreisen zu kandidieren, sollte Johnson keine Änderungen am Austrittsvertrag vornehmen und eine „Leave“-Allianz mit ihr schließen. Die Konservativen lehnten ab. Dennoch zog Farage im November 2019 seine Kandidaten aus den 317 Wahlkreisen ab, die die Tories innehatten.³⁰

Die Labour Party hatte sich zwar seit Herbst 2018 in Richtung eines zweiten Referendums bewegt. Eindeutig war ihre Haltung zum Brexit aber weiterhin nicht. Corbyn lehnte die Forderung führender Parteimitglieder ab, eine deutlich proeuropäische Position einzunehmen.³¹ Im Wahlkampf erklärte Labour, sie werde nach einem Wahlsieg einen neuen Austrittsvertrag mit der EU verhandeln, über den dann in einem Referendum entschieden werde. In diesem würden die Wähler aber auch für einen Verbleib in der EU votieren können. Corbyn versuchte den Brexit möglichst zu ignorieren und fokussierte sich auf innenpolitische Themen. Problematisch für die Partei war, dass sie Umfragen zufolge zu Beginn des Wahlkampfes 11 bis 17 Prozentpunkte hinter den Tories lagen. Umfragen zeigten zudem, dass Corbyn einer der unbeliebtesten Oppositionsführer der vergangenen Jahre war.³²

Bei den Konservativen änderte sich vor der Wahl die Kandidatenstruktur. Zusätzlich zu den aus der Fraktion ausgeschlossenen Brexitrebellen, die die Tories nicht wieder aufstellten, entschied sich eine Reihe proeuropäischer, moderater MPs wie die ehemaligen Minister David Lidington, Amber Rudd und Jo Johnson gegen eine erneute Kandidatur. Erwartet wurde, dass sie durch Kandidaten ersetzt würden, die einen EU-Austritt befürworteten.³³ Die zentrale Botschaft der Tories im Wahlkampf war „Get Brexit done“. Im Wahlprogramm versprachen sie, das Land im Januar 2020 aus der EU zu führen. Im Anschluss werde man ein Handelsabkommen mit der EU abschließen und am 31. Dezember 2020 die Übergangsphase verlassen. Ferner wolle man in den kommenden drei Jahren 80 Prozent des Handels mit anderen Ländern über neue Freihandelsabkommen regeln und diese Verhandlungen parallel zu denen mit der EU führen.³⁴

Am 12. Dezember 2019 gewannen die Tories eine Mehrheit von 80 Sitzen (365 von 650). Labour erlitt das schlechteste Wahlergebnis seit 1935. Viele Wähler hatten Corbyn und seine Politik abgelehnt. Die Tories wiederum hatten das Leave-Lager einen und traditionelle Labour-Sitze in den Midlands und in Nordengland gewinnen können. Die Brexit Party ging leer aus und die Liberal Democrats erlangten nur 11 Sitze. Die SNP gewann 48 der 59 schottischen Wahlkreise. In Nordirland, das seit 2017 keine Regionalregierung mehr hatte, verloren sowohl die unionistische DUP als auch die nationalistische Sinn Féin Stimmen und die DUP konnte nur knapp ihre Position als stärkste Partei halten.³⁵

29 Jim Pickard: Lib Dem revocation promise poses challenge to Labour, in: Financial Times, 11.9.2019.

30 BBC News: General Election 2019: Brexit Party will not stand in Tory seats, 11.11.2019.

31 Heather Stewart: Corbyn rejects call by Tom Watson for Labour to fully back remain, in: The Guardian, 11.9.2019.

32 Jochen Buchsteiner: Zum Aus-den-Latschen-Kippen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.11.2019; Philip Plickert: Ein Ausweg aus der Blockade, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.11.2019.

33 Sebastian Payne/Laura Hughes: Rudd and Lidington join Tories not standing for re-election, in: Financial Times, 31.10.2019.

34 The Conservative and Unionist Party: Get Brexit done, Unleash Britain's Potential, Manifesto, London 2019.

35 Jochen Buchsteiner: Gut aufgepasst!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.12.2019.

Vertragsratifikation und EU-Austritt

Noch vor Weihnachten 2019 brachte die Regierung ihr Gesetz zur Umsetzung des Austrittsvertrags ins Parlament ein. Dank der neuen Machtverteilung gewann sie die zweite Lesung mit einer Mehrheit von 124 Stimmen. Der Gesetzentwurf enthielt Änderungen zu der Version, welche die Regierung im Oktober versucht hatte zu verabschieden. Damals hätte das Parlament die Möglichkeit gehabt, über eine Verlängerung der Übergangsphase zu entscheiden, sofern die Regierung keine Einigung über ein künftiges Abkommen mit der EU erzielen würde. Nun verbot sich die Regierung selbst eine solche Verlängerung. Der neue Entwurf sah auch geringere parlamentarische Kontrollmöglichkeiten vor. So würde die Regierung nicht mehr die Zustimmung des Parlaments für ihr Verhandlungsmandat und für ein Abkommen über die künftigen Beziehungen benötigen. Auch enthielt der Entwurf keine Garantien mehr zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten.³⁶ Am 24. Januar 2020 unterzeichnete der Premier den Austrittsvertrag.³⁷ Das Europäische Parlament stimmte am 29. Januar 2020 dem Abkommen zu, der Rat der Europäischen Union tags darauf.³⁸ Am 31. Januar 2020 verließ das Vereinigte Königreich nach 47 Jahren die Europäische Union. Das Land hatte nun keine Stimmrechte mehr in EU-Gremien. Doch bis zum Ende der Übergangsphase am 31. Dezember 2020 würde sich ansonsten wenig ändern.³⁹

Verhandlungen über die künftigen Beziehungen während der Covid-19-Pandemie

Ende Februar 2020 veröffentlichte die Regierung ihr Mandat für die Verhandlungen über das künftige Verhältnis zur EU. Sie lehnte eine Orientierung an EU-Gesetzen ab. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) sollte für Großbritannien nicht mehr gelten. Anders als die EU wollte die Regierung kein umfassendes Abkommen, sondern einzelne – vor allem zum Handel, aber auch etwa zu Fischerei, Transport, Energie und Strafverfolgung. Sie wollte keine weitere Beteiligung an der Gemeinsamen Fischereipolitik, sondern jährliche Verhandlungen über den Zugang zu britischen Gewässern und Fangquoten.⁴⁰ Bei anderen Themen wie Außenpolitik wollte sie gar keine vertragliche Regelung. Ferner erklärte die Regierung, gebe es bis Juni 2020 keine großen Verhandlungsfortschritte, werde sie entscheiden, ob sie sich dann nur noch auf die Vorbereitung eines Verlassens der Übergangsphase ohne Abkommen fokussieren werde.⁴¹

Schon nach der ersten Runde im März 2020 wurden die Verhandlungen wegen des Ausbruchs der Covid-19-Pandemie unterbrochen. Zwischenzeitlich begaben sich beide Chefverhandler aufgrund von Covid-19-Erkrankungen in Quarantäne. Mitte April 2020 einigte man sich auf drei neue Verhandlungsrunden bis Juni 2020 per Videokonferenz. Eine Verlängerung der Übergangsphase lehnte das Vereinigte Königreich weiter ab.⁴²

Trotz der abgrenzenden Haltung gegenüber der EU zeigte sich während der durch die Covid-19-Pandemie ausgelösten Krise, dass die britische Regierung auch auf Kooperation

36 Laura Hughes/George Parker/James Blitz: Johnson bill victory breaks Brexit gridlock, in: Financial Times, 21.12.2019.

37 BBC News: Brexit: Boris Johnson signs withdrawal agreement in Downing Street, 24.1.2020.

38 Laurenz Gehrke: EU governments sign off on Brexit deal, in: Politico, 30.1.2020.

39 George Parker/Mehreen Khan/Jim Brunson: Britain finally breaks away from EU after 47 years of partnership, in: Financial Times, 1./2.2.2020.

40 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Agrar- und Fischereipolitik“ in diesem Jahrbuch.

41 HM Government: The Future Relationship with the EU, The UK's Approach to Negotiations, Februar 2020.

42 Spiegel Online: EU und Großbritannien einigen sich auf neue Verhandlungsrunden, 15.4.2020.

setzte – ohne dies allerdings offen zu äußern. So ließ sie mit Hilfe des EU-Katastrophenschutzmechanismus im Februar und März 2020 mehr als 1.000 britische Bürger aus 16 Ländern nach Hause bringen.⁴³ Anders war es bei der gemeinsamen Beschaffung medizinischer Schutzkleidung und Ventilatoren, an der sich das Land zu Beginn der Krise nicht beteiligte. Als dies bekannt wurde, sagte die Regierung, sie sei darüber von EU-Seite nicht informiert worden. Doch der höchste Beamte im Außenministerium Simon McDonald bezeichnete bei einer Parlamentsanhörung im April die Nichtbeteiligung als „politische Entscheidung“. Zwar zog er die Aussage zurück und Gesundheitsminister Matt Hancock erklärte, man beteilige sich nun an weiteren gemeinsamen Beschaffungsverfahren. Doch die Regierung konnte den Eindruck nicht vermeiden, ihre Brexitpolitik habe Vorrang vor der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie gehabt.⁴⁴ Dieses Bild wurde verstärkt, als die EU darauf hinwies, dass die gemeinsame Beschaffung schon Ende Januar 2020 im EU-Gesundheitssicherheitsausschuss diskutiert worden war und Vertreter Großbritanniens dabei gewesen waren.⁴⁵

Die vier Verhandlungsrunden bis Juni 2020 brachten keine großen Fortschritte. Signifikante Differenzen gab es seit Beginn der Verhandlungen etwa bei Wettbewerbsregeln („Level Playing Field“), dem rechtlichen Rahmen für die künftigen Beziehungen und der Fischereipolitik.⁴⁶ Am 15. Juni 2020 sprach der Premierminister per Videokonferenz erstmals direkt mit den PräsidentInnen der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, des Europäischen Rates Charles Michel und des Europäischen Parlaments David Sassoli über den Verhandlungsstand. Man einigte sich auf eine Intensivierung der Gespräche im Juli und August 2020. Drei Tage zuvor hatte Großbritannien formell erklärt, dass es keine Verlängerung der Übergangsphase beantrage.⁴⁷

Indes stand die Regierung innenpolitisch wegen ihres Managements der Covid-19-Pandemie unter Druck. Die Kritik konzentrierte sich vor allem auf die als zu spät empfundene Einleitung von Maßnahmen zur Beschränkung des öffentlichen Lebens sowie das Versäumnis, ein effektives Test- und Nachverfolgungssystem zu entwickeln. Zudem wurde der Regierung vorgehalten, Altersheimbewohner nicht genug geschützt zu haben. Bis zum Sommer 2020 war das Vereinigte Königreich zu dem europäischen Land mit der höchsten Covid-19-Todesfallrate geworden. Die Öffentlichkeit hatte Johnson zunächst einen Vertrauensvorschuss gewährt. Doch es war seine vehemente Verteidigung der Aktivitäten seines Beraters Cummings, die dafür sorgte, dass die öffentliche Unterstützung für die Regierung sank. Cummings Handeln während der eigenen Covid-19-Infektion sahen viele Bürger als Verstoß gegen die Regeln zur Beschränkung des öffentlichen Lebens.⁴⁸ Zudem hatte die Parlamentswahl das Ende des Corbyn-Projekts in der Labour Party eingeleitet. Anfang April 2020 hatte der moderatere vormalige Schattenbrexitminister Keir Starmer den Parteivorsitz übernommen. Ende Juni 2020 lag er in einer Umfrage erstmals

43 Jim Brunsten/Michael Peel: EU helps fund repatriation flights for Britons, in: Financial Times, 6.4.2020.

44 Annabelle Dickson: Britain's top diplomat: UK opt out of EU ventilator scheme was 'political', in: Politico, 21.4.2020.

45 Jim Brunsten/Peter Foster/George Parker: Brussels says UK had 'ample' chance to join medical kit scheme, in: Financial Times, 23.4.2020.

46 Spiegel Online: Vier Monate, vier Gesprächsrunden, kein Fortschritt, 5.6.2020; Thomas Gutschker: Kaum Fortschritt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.6.2020.

47 BBC News: Brexit: New momentum needed in trade talks, say UK and EU, 15.6.2020; Barbara Moens: UK formally rejects Brexit transition period extension, in: Politico, 12.6.2020.

48 Laurenz Gehrke: Good crisis, bad crisis – European leaders rated, in: Politico, 22.6.2020; Charlie Cooper: Scientists turn on Boris Johnson over Britain's coronavirus response, in: Politico, 10.6.2020.

vor Johnson als von der Öffentlichkeit präferierter Premierminister. Seine Partei lag zwar weiterhin hinter den Tories, doch war deren Vorsprung von mehr als 20 Prozent im Februar/Anfang März 2020 auf 4 Prozent geschrumpft.⁴⁹

Brüchiger Zusammenhalt

Johnsons Amtsübernahme signalisierte, dass die Beziehungen zwischen London und den Regionen schwierig bleiben würden. Schon Ende Juli 2019 schrieben die Ministerpräsidenten von Schottland und Wales, Nicola Sturgeon und Mark Drakeford, an den neuen Premier und riefen ihn dazu auf, einen No-Deal-Brexit auszuschließen. Auch forderten sie ein „produktiveres Verhältnis“ zwischen London und den Regionalregierungen und eine stärkere Einbindung in die Austrittsverhandlungen.⁵⁰ Unmittelbar nach dem Wahlerfolg der SNP im Dezember 2019 forderte Sturgeon Johnson auf, ein zweites Unabhängigkeitsreferendum zu gewähren. Der Premier lehnte dies ab.⁵¹

Die durch die Covid-19-Pandemie ausgelöste Krise offenbarte weitere Differenzen zwischen den Teilen des Vereinigten Königreichs. Die Regierungen von Schottland und Wales sowie die Nordirlands, die seit Januar 2020 wieder bestand, verfolgten eine vorsichtigeren Politik hinsichtlich von Beschränkungen des öffentlichen Lebens und Öffnung der Wirtschaft als die Johnson-Regierung. Sie waren der Ansicht, London habe zu spät solche Maßnahmen eingeleitet und hebe diese nun zu früh wieder auf. Auch kritisierten sie mangelnde Konsultation von Seiten der Zentralregierung.⁵² Hinsichtlich der Verhandlungen mit der EU hatten alle drei Regionalregierungen Anfang Juni 2020 eine Verlängerung der Übergangsphase gefordert.⁵³ Dass London dies ablehnte, bedeutete eine weitere Belastung der Beziehungen zwischen England und den anderen Landesteilen.

Fazit

Boris Johnsons Amtsübernahme im Sommer 2019 sorgte dafür, dass das Land weiterhin nicht zur Ruhe kam. Zwar gelang ihm der EU-Austritt, doch die Gesellschaft blieb gespalten. Auch sorgte der Premier nicht für eine Entspannung des schwierigen Verhältnisses zwischen London und den Regionen – vor allem mit Schottland – was den brüchiger werdenden Zusammenhalt des Vereinigten Königreichs weiter belastete. Hinsichtlich der Beziehung zur EU scheint Johnson weiterhin auf möglichst viel Distanz zu setzen. Unklar ist derzeit, ob er im Herbst 2020 kurz vor Ende der Übergangsphase wieder Kompromisse macht, wie er es beim Austrittsvertrag getan hat, oder ob er wirklich bereit ist, sein Land in eine Zukunft (zunächst) ohne Abkommen mit der Europäischen Union zu führen.

Weiterführende Literatur:

The UK in a Changing Europe: The Brexit Negotiations: A Stocktake, Juni 2020, abrufbar unter: <https://ukandeu.ac.uk/wp-content/uploads/2020/06/The-Brexit-Negotiations-A-Stocktake-1.pdf> (letzter Zugriff: 1.8.2020).

-
- 49 Toby Helm: Starmer overtakes Johnson as preferred choice for prime minister, in: *The Observer*, 27.6.2020.
50 Robert Wright: Scotland and Wales first ministers urge PM to rule out no-deal Brexit, in: *Financial Times*, 26.7.2019.
51 Laurenz Gehrke: Boris Johnson rejects Scottish government request for second independence referendum, in: *Politico*, 14.1.2020.
52 *Financial Times*: A disunited UK emerges from the lockdown, 2.6.2020.
53 Kerstin Leitel: EU-Deal statt „Brexit-Wahnsinn“: Regionalregierungen machen Druck auf Johnson, in: *Handelsblatt*, 3.6.2020.